



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VII/250 - 28.10.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039 890

Verstärkte Berlinhilfe - eine Bundespflicht	S. 1
Wahlfarce in Polen	S. 3
Die Saar abgeschrieen ?	S. 5
<u>Anhang:</u> Kommuniqué über die Sitzung des Parteivorstandes am 26. und 27. Oktober in Berlin	

Die SPD stärkt Berlin im Kampf

Von Wilhelm Mellies, stellv. Vorsitzender der SPD

Es war selbstverständlich, daß sich der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei auf seiner Tagung in Berlin zunächst mit der Berliner Situation beschäftigte. Der Kampf um die Freiheit in Westberlin ist nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze westliche Welt von so entscheidender Bedeutung, daß es falsch sein würde, aufzuzählen, was bisher geleistet worden ist. Deshalb lautete die Frage-Stellung: "Was muß geschehen, damit Berlin diesen harten und schweren Kampf durchstehen kann ?"

Dieser Kampf kann auf die Dauer nicht durchgestanden werden, wenn in Berlin über 250000 Arbeitslose vorhanden sind. Es muß gelingen, wenn notwendig unter größten Opfern aller Kreise der Bundesrepublik, eine Sach-Auftragsverlagerung nach Berlin durchzuführen, daß diese Erwerbslosigkeit beseitigt wird. Bei gutem Willen und halbwegs vernünftiger Planung kann das so schwer nicht sein.

Berlin wird dabei, solange die gegenwärtige Situation andauert, auf eine finanzielle Unterstützung in einem bestimmten Ausmaße immer angewiesen sein. Auch früher hat Berlin nur zu etwa 45 Prozent aus seiner eigenen wirtschaftlichen Produktion gelebt. Die übrigen 55 Prozent kamen aus anderen Diensten, vor allen Dingen aus der Tatsache, daß Berlin die Hauptstadt Deutschlands und Preußens war.

Wer Berlin gegenwärtig besucht, ist erstaunt und erfreut über die rege Bautätigkeit. Aber auch auf diesem Sektor ist viel nachzuholen. Berlin kann und darf dabei hinter dem Durchschnitt der Bundesrepublik nicht zurückbleiben.

Eine besonders schwere Belastung ist der starke Flüchtlingsstrom. Täglich kommen Hunderte, ja oft einige Tausende, denen das Leben in der sowjetisch beherrschten Zone unerträglich geworden ist oder die, weil sie hinreichend verdächtig sind, nicht hundertprozentig hinter dem SED-System zu stehen, an Leib und Leben gefährdet sind. Berlin kann mit diesen Schwierigkeiten allein nicht fertig werden. In der Bundesrepublik muß möglichst schnell eine Einigung darüber herbeigeführt werden, nach welchem Schlüssel diese Vertriebenen auf die einzelnen Länder verteilt werden sollen.

Der Parteivorstand hat sich einmütig hinter die Forderung gestellt, daß die Berliner Abgeordneten für das Bundesparlament in direkter Wahl gewählt werden sollen. Es ist einfach unverständlich, daß andere Parteien diese Forderung abgelehnt haben. Eine wirklich sachliche Begründung für eine solche Ablehnung kann nicht gegeben werden, es sei denn, daß man die Berücksichtigung alliierter Vorstellungen als sachliche Grundlage betrachten will. Für die direkte Wahl spricht die wichtige Tatsache, daß die Demokratie heute an allen Stellen, wo es nur irgendwie möglich ist, zum Durchbruch kommen muß. Jede Änderung oder Verfälschung der politischen demokratischen Freiheiten bedeutet für die westliche Welt eine Niederlage. Es genügt nicht nur, sich zu der Freiheit mit den Lippen zu bekennen, man muß auch dafür sorgen, daß ihr Banner überall hochgehalten wird. Entscheidend für den Fortbestand der Freiheit ist doch, daß um sie gekämpft wird.

Die Berliner haben hart, trotzig, verbissen und mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft in den verflossenen Jahren um die Freiheit gekämpft. Möge sich der Westen daran ein Beispiel nehmen. Mag es sich nun um die politischen Freiheiten an der Saar oder um die direkte Wahl der Berliner Abgeordneten handeln: "Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß!"

+ + +

Weitere Stufe zur Sowjetisierung

Von unserem osteuropäischen O.H.-Mitarbeiter

Mit den am Sonntag, dem 26. Oktober, durchgeführten "Wahlen" zum Sejm, dem polnischen Parlament, hat der bisherige Sowjetisierungsprozeß Polens seine Krönung erfahren. Polen war bis jetzt unter den Satelliten Moskaus derjenige Staat, in welchem das kommunistische Regime angesichts des stark ausgeprägten nationalen Bewußtseins des Volkes am vorsichtigsten vorging. Doch wird dieses "Versäumnis" Polens jetzt bald nachgeholt werden. Durch die am 22. Juli d.J. beschlossene neue Verfassung wurden die bisherigen Maßnahmen des sowjetpolnischen Regimes sanktioniert und die formale Grundlage für die endgültige Umgestaltung des Landes in eine "Volksdemokratie" geschaffen, während durch die aufgrund der neuen Wahlordnung vom 1. Oktober d.J. durchgeführte Neuwahl des Parlaments das Volk gezwungen wurde, dem Sowjetregime für eine weitere Periode den Schein der Rechtllichkeit zu geben.

Sowohl mit Terror und Gewalt als auch mit sehr patriotisch tönenden, von den Grundsätzen der Sowjetpolitik aber nicht abweichenden Konzessionen an die nationale Gesinnung des Volkes wurde unter Einsatz aller staatlichen Mittel eine geräuschvolle und verlogene Wahlpropaganda durchgeführt. Der Wahlausgang stand nach echt sowjetischer Manier schon mit der Beschließung der Wahlordnung fest, die bestimmt, daß Kandidaten nur von den bestehenden politischen und sozialen Organisationen aufgestellt werden können.

Um auch die geringste Abweichung unmöglich zu machen, wurden die in Polen aus propagandistischen Gründen noch immer ausgehaltenen, aber völlig gleichgeschalteten und daher vom Volke abgelehnten bedeutungslosen Parteien der Bauern und Demokraten sowie eine katholisch-nationale Gruppe mit der allein herrschenden kommunistischen Vereinigten Arbeiterpartei in eine "Nationale Front" zusammengefaßt, die die Wahlaktion nach den vom Staatsapparat bestimmten Richtlinien durchführte. Die Farce einer Wahl wurde besonders dadurch unterstrichen, daß überall nur eine Wahlliste eingereicht und in Ein-Mann-Wahlkreisen nur ein Kandidat aufgestellt wurde. Die Kommunisten erklärten hierzu, daß in Polen die Klassengegensätze beseitigt wären,

und folglich keine Ursache mehr für die Ausfechtung von Wahlkämpfen vorhanden sei.

Obgleich also eine wirkliche Wahl gar nicht möglich war, hat man sich trotzdem die Mühe gemacht, einen groß aufgezogenen Agitationsfeldzug für die Teilnahme an der "Wahl" durchzuführen, wobei unter Mißbrauch der patriotischen Gefühle des Volkes mit nationalen Parolen in schlimmster Weise Schindluder getrieben wurde. Die Notwendigkeit der Sicherung der annektierten deutschen Oder-Weißer-Gebiete stand dabei als Agitationsschlager in vorderster Linie. Das hinderte die Warschauer Machthaber aber nicht, die in Polen zurückgehaltenen Volksdeutschen zum erstenmal nach 1945 an der Wahl aktiv teilnehmen zu lassen. Die Wahlbeteiligung wurde als Staatspflicht herausgestellt, der sich aus Angst vor Repressalien niemand zu entziehen wagte, umso mehr, als selbst das katholische Episkopat zur Ausübung der Wahlpflicht aufrief, davon eine wohlwollende Haltung des neuen Sejm gegenüber der Kirche erwartend.

Diese Erwartung der katholischen Kirchenleitung wird sich aber ganz gewiß als trügerisch erweisen, ebenso wie Freiheit und Demokratie mit dieser "Wahl" aufs neue in schändlicher Weise mißbraucht und mit Füßen getreten wurden.

+ + +

Ende einer Verleumdung

(sp) Vor der 5. Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt/Main fand vor kurzem ein Prozeß sein Ende, der von Bundestagsabgeordneten Ritzel angestrengt worden war, weil im Bundeshaus und anderswo Gerüchte ausgestreut worden waren, die sich Abgeordneter Ritzel nicht gefallen lassen konnte. Es wurde behauptet, er habe in Verbindung mit einer schweizer Organisation Prozente und Provisionen aus Liebesgabengeschäften erhalten und es wurde weiter behauptet, Abgeordneter Ritzel habe als Präsident der "Wirtschafts- und Sozialhilfe Europa" Ostgeschäfte betrieben.

Die Klage richtete sich gegen den in Frankfurt/Main und Bonn beheimateten Hermann K r a u t z , der jetzt vor Gericht zugeben mußte, daß er in Bezug auf die Behauptung der angeblichen Prozente und Provisionen keinerlei eigene Wahrnehmungen gemacht hatte, Krautz mußte zugeben, daß Abgeordneter Ritzel weder Ostgeschäfte gewünscht noch je durchgeführt hat.

+ + +

Blücher und die Saar

-ler. Kein deutscher Patriot und kein deutscher Demokrat kann und wird Gemühtung über den völligen Zusammenbruch aller Saarverhandlungen empfinden. Noch nie waren die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945 einer so harten und in ihren Auswirkungen noch unübersehbaren Belastungsprobe ausgesetzt wie heute.

Als die Bundesregierung ihre ersten Fastversuche auf außenpolitischem Gebiet unternahm, unterließ sie in dem Drang, recht bald Erfolge aufzuweisen und in dem Bestreben, den Westalliierten Beweise "guten Willens" zu geben, die Klärung entscheidender Fragen. Das rächt sich heute. Der Eintritt in den Europarat und die Unterzeichnung des Schuman-Planes sollten dem Saarproblem mit der Zeit seine vergiftende Schärfe nehmen. Das Gegenteil ist eingetreten. Kein Krankheitsherd wird dadurch aus der Welt geschaffen, daß man ihn unberührt läßt oder ausklammert. Ist die Bundesregierung nun, da das Fiasko ihrer Saarpolitik offenkundig wurde, bereit, wenigstens jetzt die Folgerungen zu ziehen? Leider nicht.

Vizekanzler Blücher, der zweite Mann in der Regierung und Führer der zweitstärksten Regierungspartei, hat erklärt, daß die unerledigte Saarfrage ohne jeden Einfluß auf die Ratifizierung der Vertragssysteme bleiben werde. Selten hat man aus dem Munde eines verantwortlichen Ministers eine törichtere Äußerung vernommen.

Was bedeutet sie in ihren praktischen Konsequenzen? Sie bedeutet, daß die Bundesrepublik durch die Unterzeichnung der Westverträge wiederum eine Vorschubleistung entrichtet, die Frankreich geradezu ermutigen muß, die Zustände an der Saar so zu belassen, wie sie sind. Damit begibt sich die Bundesrepublik jeder Möglichkeit, die Entwicklung der Saarfrage im Sinne einer dauernden und von einem europäischen Geist erfüllten Lösung zu beeinflussen.

Nach dieser Äußerung des Vizekanzlers, die von Regierungsseite unwidersprochen blieb, können nun die USA und Frankreich den Deutschen alles zumuten. Dem europäischen Gedanken aber wird dies weniger zuträglich sein. Die unerledigte Saarfrage, als schwere Hypothek in das System der Westverträge hineingebracht, wird sich in Zukunft von einer Sprengkraft erweisen, die jeden Europagedanken auf die Dauer torpedieren muß.

Verantwortlich: Peter Raunau

(Nachtrag)

Kommuniqué des Parteivorstandes über die
Sitzung am 26. und 27. Oktober in Berlin

Das Schwergewicht der zweitätigen Beratungen des neugewählten Vorstandes der SPD in Berlin lag auf den Fragen, die mit der besonderen Situation Berlins zusammenhängen. Es wurde ein in fünf Punkte aufgegliedertes praktisches Arbeitsprogramm fixiert und der Bundestagsfraktion der SPD aufgegeben, diese Forderungen im Bundestag wirksam zu vertreten. Es handelt sich kurz zusammengefaßt um folgende Forderungen:

- 1) Die unterschiedlose Einbeziehung Berlins in das zu schaffende Bundeswahlgesetz. Der neue Bundestag muß aus der direkten Entscheidung der Wähler aller Teile Deutschlands hervorgehen, in denen eine solche Entscheidung nicht durch fremde Gewalt unmöglich gemacht wird.
- 2) Die industrielle Produktionskraft und die sonstigen Leistungsreserven Berlins können nur durch Steigerung der Aufträge aus Westdeutschland ausgeschöpft werden. Es müssen öffentliche und private Aufträge solange nach Berlin geleitet werden, bis die Kapazität der Stadt voll ausgenützt wird.
- 3) Die Fortführung eines Berliner Notstandsprogramms zur Bekämpfung der langfristigen Arbeitslosigkeit ist durch ausreichende finanzielle Unterstützung durch den Bund zu sichern.
- 4) Berlin hat Anspruch auf Sonderhilfe der Bundesregierung und der westdeutschen Länder zur Linderung seiner außerordentlichen Flüchtlingsnot. Deshalb ist der Abtransport von Sowjetzonenflüchtlings aus Berlin großzügig und beschleunigt durchzuführen. Das Flüchtlingsproblem muß auf neue gesetzliche Grundlage gestellt werden.
- 5) Der Verkehr von und nach Berlin ist zu sichern. Maßnahmen sind zu treffen, um die Frachtkosten der Berliner Gesamtwirtschaft an die in der übrigen Bundesrepublik geltende anzugleichen. Wohnungsbaukredite sind bereitzustellen, Kapitalanlagen in Berlin steuerlich zu begünstigen und die Jugendnot in Berlin durch Gesamtausbildung jugendlicher Arbeitsloser in westdeutschem Bundesgebiet zu mildern.

In dem politischen Referat des Vorsitzenden der SPD, Ollenbauer, war die Hauptsache die Kritik an dem vollkommenen Fehlschlag der Saarpolitik des Bundeskanzlers und die jetzt schon durch Tatsachen belegte Unzweckmäßigkeit seiner Politik der Vertragsabschlüsse und deren überhasteter Ratifikation, an der er festhält. Dies geschieht, obwohl die Antwort des Bundesverfassungsgerichtes auf das vom Bundespräsidenten gewünschte Gutachten über die Verfassungsmöglichkeit des EVG-Vertrages noch aussteht und obwohl auch die Haltung des Auslandes in dieser Frage noch keineswegs geklärt ist.

Der Vorstand der SPD ist unverändert der Auffassung, daß die Politik der Förderung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in ihrer heutigen Form einen weiteren Schritt zur Spaltung Deutschlands und Europas darstellt. Es ist sozialdemokratische Auffassung, daß es der Bundesregierung nicht möglich sein wird, die zweite und dritte Lesung des EVG-Vertrages im Bundestag vor Anfang des nächsten Jahres stattfinden zu lassen. - Weiteren Raum nahm schließlich nach einem ausführlichen Bericht von Fritz Heine die Diskussion über die Vorbereitung des Kampfes über die Zusammensetzung des kommenden Bundestages ein.

Mitte und Ende November werden zwei weitere Sitzungen des Parteivorstandes, die erste in Bonn, die zweite in Wiesbaden, stattfinden.